

Annegret Hachenberg, Deutsches Rotes Kreuz Nordrhein,
Auf'm Hennekamp 71, 40225 Düsseldorf
Jürgen Hecker, Deutsches Rotes Kreuz Westfalen, Postfach
25 09, 48012 Münster
Günter Jek, Landesverband der Jüdischen Gemeinden Nord-
rhein, Zietenstr. 50, 40476 Düsseldorf
Ruth Köhler-Büssow, Isa Hümpfner, Theo Leuchtenberg, Mini-
sterium für Generationen, Familie, Frauen und Integration,
Fürstenwall 25, 40219 Düsseldorf
Rita Ruhs, Arbeiterwohlfahrt Niederrhein, Lützowstr. 32,
45141 Essen
Michael Sewenig, Arbeiterwohlfahrt Mittelrhein, Rhonestr. 2a,
50765 Köln
Reinhard Streibel, Arbeiterwohlfahrt Westliches Westfalen,
Kronenstr. 63-69, 44139 Dortmund
Marie-Luise Tigges, Diözesan-Caritasverband Paderborn, Am
Stadelhof 15, 33098 Paderborn
Ercüment Toker, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband,
Engelsburger Str. 168, 44793 Bochum
Ulrike Werthmanns-Reppekus, Deutscher Paritätischer Wohl-
fahrtsverband, Loher Str. 7, 42283 Wuppertal
Ioanna Zacharaki, Diakonisches Werk Rheinland, Lenastr. 41,
40470 Düsseldorf

Rundschau

► Allgemeines

Stiftungen. Der Bundesverband Deutscher Stiftungen ver-
zeichnet einen neuen Rekord von Stiftungsgründungen im
Jahr 2005: Seit 1945 wurden noch nie so viele Stiftungen
errichtet, insgesamt waren es 880 neue rechtsfähige Stif-
tungen bürgerlichen Rechts. In den letzten zehn Jahren
(1996-2005) wurden mit über 6 700 Stiftungen rund die
Hälfte aller bestehenden Stiftungen bürgerlichen Rechts
errichtet, damit gibt es 13 490 bürgerlich-rechtliche Stif-
tungen. Hamburg ist Stiftungshauptstadt: Die Hansestadt weist
mit 56 Stiftungen pro 100 000 Einwohnerinnen und Ein-
wohnern weiterhin die höchste Stiftungsdichte in Deutsch-
land auf, danach folgen Bremen mit 39 und Hessen mit 22
Stiftungen. Quelle: Aktive Bürgerschaft @aktuell 51-2006

Bildungsfernsehen: JobTV24. Am 11. Januar 2006 nahm
JobTV24 in Berlin seinen Sendebetrieb auf. Der Sender ver-
steht sich als Einstiegsportal rund um Beruf, Karriere und
Existenzgründung. Eine „Gründerwerkstatt“ coacht Unter-
nehmensgründende bei der Erstellung von Businessplänen.
Auch die Themen Franchising und Unternehmensnachfolge
werden behandelt. Gesendet wird täglich europaweit von
9.30 bis 17.30 Uhr über Astra digital. Über Internet-TV ist
die Reichweite nahezu unbegrenzt. JobTV24 ist die Initia-
tive einer Vielzahl von öffentlichen, gesellschaftlichen und
privatwirtschaftlichen Repräsentanten. Quelle: BRAND-
aktuell 1.2006

ConSozial-Preise für Management und Wissenschaft.

Im Rahmen der ConSozial 2006 verleiht das Bayerische
Sozialministerium zwei Preise für Management und Wissen-
schaft in Höhe von je 8 000 Euro. Der Managementpreis
wird an soziale Organisationen für herausragende Innova-
tionen in den Bereichen Personal- oder Qualitätsentwick-
lung, Finanzierung oder Vernetzung vergeben. Der Wissen-
schaftspreis prämiiert Arbeiten mit zukunftsweisenden Kon-
zepten der Bereiche Empowerment, Netzwerkorganisation
oder Selfmanagement, die sich mit Familienförderung be-
fassen. Bewerbungsschluss ist der 30. Mai 2006. Informa-
tion: KI Consult, Zugspitzstr. 46, 86163 Augsburg, Tel.: 08
21/262 03 36, Fax: 08 21/262 03 37
E-Mail: consozial@ki-consult.de

**Die Deutschen von anderswo: junge Spätaussiedler/
innen in Porträts.** Von Ludmila Kusnezowa. Hrsg. Der Be-
auftragte des Senats von Berlin für Integration und Migra-
tion. Eigenverlag. Berlin 2005, 60 S., EUR 2,- zzgl. Versand-
kosten *DZI-D-7437*

Als „Deutsche im Sinne des Grundgesetzes“ stellen Spät-
aussiedlerinnen und Spätaussiedler aus den Nachfolge-
staaten der früheren Sowjetunion immer noch eine beson-
dere Zuwanderergruppe dar. Die Zahlen der russlanddeut-
schen Neubürgerinnen und -bürger gehen seit der Mitte
der 1990er-Jahre ständig zurück, allerdings nimmt der Be-
darf an unterstützenden Hilfen bei der sozialen, kulturellen

und gesellschaftlichen Integration zu. Die hier vorgestellten Porträts zeigen, wie junge Russlanddeutsche ihren individuellen Weg gehen, eigene Stärken aktivieren, für Probleme kreative Lösungen finden und erfolgreich ihre eigene Lebensgeschichte gestalten. Viele Hürden sind auf dem persönlichen Integrationsweg zu überwinden, aber für die meisten Jugendlichen stellt sich die Stadt Berlin mit seiner Vielfalt der Kulturen als nicht der schlechteste Lebensmittelpunkt dar. Bestellanschrift: Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration, Potsdamer Str. 65, 10785 Berlin, Tel.: 030/90 17-23 51, Fax: 030/262 54 07 E-Mail: Integrationsbeauftragter@auslb.verwalt-berlin.de

Website zum Thema Arbeitsschutz und Produktivität.

Die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz hat ihren Internetauftritt um Informationen zu betriebswirtschaftlichen Aspekten des Arbeitsschutzes ergänzt. Unter <http://osha.eu.int/buisiness> finden sich einführende Texte zu den Themen Produktivität und Arbeitsschutz, soziale Verantwortung von Unternehmen und wirtschaftliche Anreize zur Erhöhung der Sicherheit am Arbeitsplatz, sowie staatliche Förderprogramme und Nachlässe bei Steuern und Versicherungsbeiträgen. Das Webfeature bündelt außerdem die Ressourcen der Agentur und des europäischen Netzwerks Euro Info Centres, über das Fachleute sowie weitere Informationen in den Mitgliedsstaaten recherchiert werden können. Quelle: Die BG 2.2006

Woche des bürgerschaftlichen Engagements vom

15. bis 24. September 2006. Nach der Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2004 und den Aktionstagen 2005 wird das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) im September 2006 eine weitere Woche des bürgerschaftlichen Engagements durchführen. Jede dritte Bürgerin, jeder dritte Bürger in Deutschland engagiert sich freiwillig. Das BBE will die Aufmerksamkeit für die freiwillige, ehrenamtliche und bürgerschaftliche Tätigkeit dieser 23 Mio. Menschen schärfen und einen Beitrag zu einer besseren Anerkennungs- und Förderungskultur leisten. Die Schirmherrschaft hat Bundespräsident Köhler übernommen. Die Schwerpunktthemen werden Familie, Sport sowie Seniorinnen und Senioren sein. Hierzu sind Kooperationen mit den lokalen Bündnissen für Familien, dem Deutschen Sportbund und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen/Seniorenbüros vereinbart. Die Auftaktveranstaltung findet am 15. September 2006 in Berlin statt. Auch in diesem Jahr sollen bundesweit wieder eine Vielzahl von Initiativen und Projekten zur Teilnahme aufgerufen werden. Im Jahr 2004 beteiligten sich rund 500 Projekte an der Woche. Weitere Informationen und Kontakt: BBE – Kampagnenteam, Michaelkirchstr. 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-121, Fax: 030/629 80-91 83 E-Mail: aktionswoche@b-b-e.de

► Soziales

Mediation in der Sozialgerichtsbarkeit. „Die gerichtshinterne Mediation ist ein innovativer Weg, um eine für die Parteien interessengerechte Streitschlichtung zu verwirklichen. In einem auf zwei Jahre angelegten Modellversuch werden wir deshalb diese konsensuale Streitschlichtung am Bayerischen Landessozialgericht und am Sozialgericht München erproben.“ Mit diesen Worten stellte Bayerns

Sozialministerin Christa Stewens das Pilotprojekt „Mediation in der Sozialgerichtsbarkeit“ vor. Für dieses Projekt werden 20 Richterinnen und Richter zu Mediatoren ausgebildet, die dann mit ihren speziellen Kenntnissen in Mediation und Konfliktmanagement die Moderatorenrolle in entsprechenden Verfahren übernehmen können. Insbesondere Streitigkeiten im Bereich der Krankenversicherung, Unfallversicherung und Arbeitsförderung sind für die Anwendung dieses freiwilligen Verfahrens geeignet. Wann dieses vertrauliche und nichtöffentliche Verfahren den Interessen der Parteien entgegenkommt und damit zur Förderung des Rechtsfriedens beitragen kann, werden die geschulten Richterinnen und Richter von Fall zu Fall entscheiden. Quelle: Pressemeldung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen 106.06

Arbeitslosenversicherung für pflegende Angehörige.

Seit Februar 2006 gilt für pflegende Angehörige eine Neuregelung. Sie können Beiträge an die Bundesagentur für Arbeit abführen und sich freiwillig für den Fall der Arbeitslosigkeit versichern. Pflegepersonen müssen monatlich einen Beitrag in Höhe von 15,92 Euro in den alten Ländern, 13,42 Euro in den neuen Ländern abführen. Die Regelung wurde notwendig, weil normalerweise nur derjenige Arbeitslosengeld I bekommt, der innerhalb der letzten zwei Jahre vor dem Versicherungsfall mindestens zwölf Monate versicherungspflichtig beschäftigt war. Zeiten der Pflege können jetzt als voll versicherungspflichtige Zeiten berücksichtigt werden. Die Pflegepersonen müssen diesen Beitrag aus eigener Tasche bezahlen. Diese Neuregelung gilt nur für diejenigen, die vor Beginn der Pflegezeit entweder sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren oder Arbeitslosengeld beziehungsweise vor dem Jahr 2005 Arbeitslosenhilfe bezogen haben. Der Antrag auf freiwillige Versicherung muss bis spätestens einen Monat nach Aufnahme der Pflegetätigkeit gestellt werden. Quelle: SoVD Zeitung 3.2006

Zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit 2007.

Vor dem Hintergrund des weltweiten Pisa-Tests ließ die UN-Menschenrechtskommission durch einen Sonderberichterstatter das deutsche Bildungssystem untersuchen. Ermittelt werden sollte, wie in Deutschland das Recht auf Bildung umgesetzt ist. Dabei sollte unter anderem auch auf die Situation von Menschen mit Behinderungen eingegangen werden. Der Behindertenbeauftragte des Landes Niedersachsen unterstützt diese Aktion, besonders im Hinblick auf das Europäische Jahr der Chancengleichheit 2007. Dieses Jahr wird das Herzstück einer Rahmenstrategie sein, die mit einem konkreten Konzept zur Förderung der Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung beiträgt. Das Jahr soll dazu beitragen, die Beteiligungschancen von Menschen mit Behinderungen zu verbessern. Quelle: Pressemitteilung des Behindertenbeauftragten des Landes Niedersachsen vom 15. Februar 2006

Bedarfsgemeinschaft. Berufstätige oder Vermögende müssen in einer eheähnlichen Lebensgemeinschaft auch für die Kinder eines arbeitslosen Partners aufkommen. Das entschied das Sozialgericht Düsseldorf in einem kürzlich veröffentlichten Urteil (Az: S 35 ASS 146/05). Seit Einführung des Arbeitslosengeldes II haben erwerbsfähige Hilfe-

bedürftige keinen Anspruch auf Leistungen, wenn ein Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft leistungsfähig sei. Quelle: Berliner Zeitung vom 11./12. März 2006

Kompetenzen von Selbsthilfeverbänden. Die Behindertenbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen fordert Behörden und öffentliche Einrichtungen auf, engeren Kontakt zu den Organisationen und Verbänden der Menschen mit Behinderung aufzunehmen. Dies sei ein wichtiger Schritt, um die im Behindertengleichstellungsgesetz des Landes geforderte umfassende Barrierefreiheit zu erreichen. Sie erinnert daran, dass das Behindertengleichstellungsgesetz alle Dienststellen und Behörden des Landes, der Kommunen, die öffentlichen Einrichtungen und sonstige Körperschaften verpflichtet, eng mit den Selbstvertretungen behinderter Menschen zusammenzuarbeiten. So vertrete der Spitzenverband der Behinderten-Selbsthilfe in NRW wirkungsvoll die Interessen behinderter und chronisch kranker Menschen gegenüber Politik und Gesellschaft. Quelle: Presseinformation der Landesbehindertenbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen vom 17. Februar 2006

Arbeit im Gefängnis. Ob Berlin oder Nordrhein-Westfalen, ob per Internet oder auf klassischem Wege, die Justizministerien suchen Arbeit für ihre Häftlinge. Die Justizvollzugsanstalten kämpfen nicht nur gegen die Wirtschaftsflaute, sondern konkurrieren auch mit den Billiglöhnen Osteuropas – gerade wenn sie in strukturschwachen Räumen liegen. Haftanstalten in Städten oder Industrieregio-

nen haben hier einen Standortvorteil. Mit ISO-Zertifizierungen können jedoch Auftraggeber zurückgewonnen werden. So stemmte sich der Landesbetrieb „Vollzugliches Arbeitswesen“ in Baden-Württemberg erfolgreich gegen die Konkurrenz. Trotzdem ist auch in diesem Bundesland die Zahl der Häftlinge, die arbeiten wollen, größer als die Zahl der Arbeitsplätze. Quelle: Sozialcourage 1.2006

► Gesundheit

Betreuung von Pflegebedürftigen in Spanien. Der spanische Minister für Arbeit und Soziales hat dem Kabinett einen Gesetzentwurf zur Förderung der persönlichen Autonomie und der Betreuung von Pflegebedürftigen vorgelegt, der den Anspruch auf Betreuung älterer und schwerbehinderter Menschen zu einem Recht erklären soll. Der Staat wird den Pflegebedürftigen den Zugang zu den Sozialdiensten gemäß ihrem individuellen Bedürftigkeitsgrad gewährleisten. Das Nationale Pflegesystem zielt auf die Erbringung von Dienstleistungen (ambulante Versorgung, Tageseinrichtungen, technische Hilfsmittel, Pflegeheime usw.). Sollten diese nicht durch das Nationale Pflegesystem erbracht werden können, wird den Bedürftigen eine Geldleistung für die Beauftragung eines privaten Pflegedienstes angeboten. Die pflegenden Familienangehörigen sollen ebenfalls eine Geldleistung erhalten können und in das Sozialversicherungssystem integriert werden. Das Nationale Pflegesystem wird als Vierte Säule des Wohlfahrtsstaates neben dem Nationalen Gesundheitssystem, dem Bildungs- und dem Rentensystem aufgebaut, die bereits in den 1980er-Jahren entwickelt wurden. In Spanien gibt

Anzeige Bank

es über 1,12 Mio. Personen mit einer intensiven Pflegebedürftigkeit, bis 2020 kann sich diese Zahl auf zirka 1,5 Mio. erhöhen. Quelle: Information der Botschaft von Spanien in Deutschland vom 10. Februar 2006

„Gesund älter werden“. Das Projekt „Gesund älter werden“ der Weltgesundheitsorganisation und der Allgemeinen Ortskrankenkasse Niedersachsen startete erfolgreich. Versicherungsfachkräfte wie Sozialpädagoginnen, Familientherapeuten, Krankenschwestern, Ökotrophologinnen und Psychologen haben in Hannover im Rahmen des Projektes bislang 550 ältere Versicherte in ihren Wohnungen besucht, um ihnen gezielt Hilfen anzubieten. Das Team berät nicht nur bei Themen wie Gesundheit, Bewegung und Ernährung. Es unterstützt die zwischen 68 und 79 Jahre alten Menschen auch dabei, ihre Lebensweise umzustellen und regionale Angebote für ältere Menschen zu nutzen. Vielen Versicherten sind geeignete Betätigungsmöglichkeiten im näheren Umfeld unbekannt oder es fällt ihnen wegen sozialer, gesundheitlicher oder kultureller Benachteiligung schwer, sich Informationen darüber zu beschaffen. Die AOK will das Projekt noch in diesem Jahr auf weitere Regionen Niedersachsens ausdehnen. Quelle: Gesundheit und Gesellschaft 2.2006

Rollstuhlgerechte Arztpraxen. Bundesweit sind mehr als 25 000 Arzt- und Zahnarztpraxen behindertengerecht ausgebaut. Die Arzt-Auskunft zeigt jeweils an, ob eine Praxis barrierefrei ist, denn dieses müssen auch gehbehinderte und gebrechliche Patientinnen und Patienten wissen, bevor sie einen Arzt, eine Ärztin aufsuchen. In einem umfassenden Ärzteverzeichnis unter www.arzt-auskunft.de erkennt man anhand eines besonderen Symbols im Suchergebnis sofort, ob die Praxis behindertengerecht ist. Zusätzlich sind zahlreiche weitere Informationen zur Lage und Erreichbarkeit angegeben, wie Sprechzeiten und Hinweise zu Verbindungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Im Internet verzeichnet die Arzt-Auskunft jährlich mehr als 4 Mio. Datenbankabfragen. Quelle: Stiftung Gesundheit vom 13. Februar 2006

Ausgabenrekord bei Medikamenten. Im November 2005 haben die Krankenkassen nach Berechnungen des Deutschen Apothekerverbandes 2,098 Mrd. Euro für Medikamente ausgegeben. Das waren rund 253 Mio. Euro oder 13,7 % mehr als im Vergleichsmonat des Jahres 2004. Während der Apothekerverband mit Ausgaben von rund 23,14 Mrd. Euro für das gesamte Jahr rechnet, gehen die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen von Ausgaben in Höhe von bis zu 24,6 Mrd. Euro aus. Damit wäre der bisherige Ausgabenrekord aus dem Jahr 2003 überschritten worden. Quelle: Blickpunkt 2.2006

Unfall im Nebenjob. Wer ist für die Weiterzahlung von Lohn oder Gehalt zuständig, wenn durch einen Unfall während einer von zwei Erwerbstätigkeiten Arbeitsunfähigkeit eintritt? Hat Arbeitgeber A auch das Risiko von Verletzungen aus Beschäftigung B oder aus der selbstständigen Tätigkeit C zu tragen? Das Bundesarbeitsgericht hat diese Frage klar beantwortet: Für den Anspruch auf Entgeltfortzahlung sei es prinzipiell unerheblich, wann und bei welcher Gelegenheit sich ein Beschäftigter, eine Beschäftigte eine Krankheit zugezogen hat. Arbeitnehmer und Arbeit-

nehmerin sollen in den Tagen einer unverschuldeten Krankheit wirtschaftlich abgesichert sein, um die Arbeitskraft wiederherstellen zu können. Das gilt für Arbeitnehmende, die mehrere unselbstständige Beschäftigungen nebeneinander ausüben: Eine Verletzung, die sie sich während einer dieser Tätigkeiten zuziehen, nimmt zugleich auch den zweiten Chef in die (Entgeltfortzahlungs-)Pflicht. Der Anspruch auf Lohnfortzahlung kann in drei Fällen ausgeschlossen sein: Wenn die Ursache für die Krankheit darin liegt, dass eine verbotene, besonders gefährliche oder die Kräfte übersteigende Nebentätigkeit ausgeübt wird, was im Einzelfall nachgewiesen werden müsste. Quelle: praxis aktuell 1.2006

Mehr Kuren. Eine durch die Gesundheitsreform ausgelöste Verunsicherung scheint überwunden. Nach einem deutlichen Rückgang im Jahr 2004 ist die Zahl der Mutter-Kind-Kuren in der Diözese Münster im vergangenen Jahr um 8,1 % wieder angestiegen. Schwierig für die Kurhäuser bleibt, dass sich die Kuren auf die Ferienzeiten konzentrieren. Während die ersten Wochen des Jahres unterbelegt waren, gibt es in den Osterferien bereits Engpässe. Deshalb bieten einige Häuser des Müttergenesungswerks inzwischen schulüberbrückenden Unterricht an. Die Schülerinnen und Schüler bringen die Lehrpläne ihrer Herkunftsschulen mit und werden von Fachleuten in Kleingruppen gezielt gefördert. Quelle: Information des Caritasverbands für die Diözese Münster vom 6. März 2006

► Jugend und Familie

Bahnmissionsmission hilft „Kids on Tour“. Ein neues Angebot der Bahnmissionsmissionen ist die Begleitung von allein reisenden Kindern. Der Name „Kids on Tour“ steht für das Serviceangebot „Betreuung allein reisender Kinder“, das von der Deutschen Bahn AG in Kooperation mit der Bahnmissionsmission entwickelt wurde. Ziel ist es, eine durchgehende und sichere Betreuung von Kindern im Alter zwischen sechs bis unter 15 Jahren, die ohne Eltern reisen, während der Bahnreise zu gewährleisten. Das Angebot besteht für die Strecken Stuttgart-Hbf – Köln-Hbf, Köln-Hbf – Hamburg Hbf, Hamburg-Hbf – Köln-Hbf und Stuttgart-Hbf, immer freitags und sonntags. Die Fahrpläne der Züge sind aufeinander abgestimmt und ermöglichen den Eltern „allein reisender Kinder“ auch die Buchung von Umsteigeverbindungen. In ausgewählten Abteilen liegen Spiele für die Kinder bereit. Information über „Kids on Tour“: Servicezentrale 018 05/99 22 99 oder im Internet: www.bahn.de, (siehe Familien und Kinder). Übrigens: Die erste Bahnmissionsmission wurde 1894 in Berlin gegründet. Seit über 110 Jahren unterstützen und helfen die von der evangelischen und katholischen Kirche getragenen Bahnmissionsmissionen allen Menschen, die unterwegs sind. Quelle: VdK Zeitung 3.2006

Sozialraumorientierung in der Münchner Kinder- und Jugendhilfe. Tagungsdokumentation. Hrsg. Landeshauptstadt München, Sozialreferat und andere. Selbstverlag. München 2005, 114 S., kostenfrei *DZI-D-7376* Die inhaltliche Ausrichtung dieser hier dokumentierten Tagung spiegelt während der Planung nicht nur den bundesweiten Fachdiskurs in der Kinder- und Jugendhilfe wider, sondern auch den regionalen Klärungsbedarf hinsichtlich der Implementierung verschiedener Umsetzungsstrategien. Insofern sollte von der Tagung ein Impuls zur Vernetzung von Forschung, Lehre und Praxis ausgehen, um Kinder- und

Jugendhilfe sowie das gesamte Feld der Sozialen Arbeit zukünftig stärker nach sozialräumlichen und partizipativen Prämissen zu gestalten. Diese Dokumentation belegt, dass die gesteckten Ziele mit den Impulsreferaten und den praxisorientierten Workshops realisiert werden konnten. Die Dokumentation ist im Internet unter www.muenchen.de/soz/aktuelles zu finden oder kann bestellt werden: Landeshauptstadt München, Sozialreferat/Stadtjugendamt, Regionale Kinder- und Jugendhilfeplanung, Prielmayrstr. 1, 80335 München, Tel: 089/233-495 26, Fax: 089/233-495 03, E-Mail: volker.hausdorf@muenchen.de

Pflichtuntersuchung. Der PARITÄTISCHE fordert, die bislang freiwilligen Vorsorgeuntersuchungen für Kinder in Pflichtuntersuchungen umzuwandeln. Diese – von der U1 gleich nach der Geburt bis zur U9 im Alter von fünf Jahren – sind ein wesentlicher Baustein in einem notwendigen Präventionsprogramm zur Vermeidung von Kindesmisshandlungen und -vernachlässigungen. Der Verband hält es für sinnvoll, Ärzte, Krankenkassen und Jugendämter in ein vernetztes Hilfesystem einzubauen. Krankenkassen haben am ehesten die Übersicht, ob Kinder regelmäßig zu den Untersuchungen gebracht werden und könnten die Jugendämter informieren, wenn das nicht der Fall ist. Es geht nicht darum, ein staatliches Kontrollsystem einzuführen, sondern zu erkennen, wo Hilfen nötig sind. Dafür muss sichergestellt werden, dass die entsprechenden Stellen der Kinder- und Jugendhilfe adäquat ausgestattet werden. Quelle: PARITÄTISCHER Rundbrief des Landesverbands Berlin 1/2.2006

Berufliche Qualifizierung Jugendlicher mit besonderem Förderbedarf. Benachteiligtenförderung. Hrsg. Bundesministerium für Bildung und Forschung. Selbstverlag. Bonn/Berlin 2005, 311 S., kostenfrei *DZI-D-7411* Mit Blick auf die dynamischen Prozesse der Weiterentwicklung der Benachteiligtenförderung in den letzten Jahren ist in dieser Veröffentlichung die gesamte Bandbreite der beruflichen Qualifizierung benachteiligter Jugendlicher auf den aktuellen Stand gebracht. Die Handreichung bietet komprimierte Informationen über alle Bereiche der beruflichen Integrationsförderung und fasst die vielfältigen Erfahrungen und Entwicklungen zusammen. In diesem Sinne wendet sich das Handbuch an Fachleute in der Praxis aus der vorberuflichen und beruflichen Bildung sowie an eine interessierte Öffentlichkeit. Diesem Adressatenkreis sollen Konzepte und die Förderphilosophie der Qualifizierung benachteiligter Jugendlicher nahe gebracht, die unterschiedlichen Maßnahmeformen vorgestellt und vor allem Hinweise auf die methodisch-didaktische Umsetzung des Konzeptes gegeben werden. Insbesondere wurden Entwicklungen im Angebotssystem der Bundesagentur für Arbeit wie auch in Projekten und Programmen der beruflichen Integrationsförderung dargestellt. Bestellschrift: Bundesministerium für Bildung und Forschung, Referat Publikationen; Internetredaktion, Postfach 30 02 35, 53182 Bonn, Tel.: 018 05/ 26 23 02, Fax: 018 05/26 23 03 E-Mail: books@bmbf.bund.de

Stellungnahme zum 12. Kinder- und Jugendbericht. Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Jugendsozialarbeit begrüßt, dass sich der 12. Kinder- und Jugendbericht der Thematik Bildung, Betreuung und Erziehung widmet und für eine neue und bessere Verbindung dieser Bereiche plä-

diert. Dass sich der Bericht in Bezug auf das Thema Bildung jedoch nur auf den vorschulischen und schulischen Bereich konzentriert, greift aus Sicht der BAG zu kurz. Auch für junge Menschen, die nicht mehr eine Schule besuchen, muss Bildung organisiert und verbessert werden. Außerdem ist der Bereich der berufsbezogenen Bildung für die BAG Jugendsozialarbeit ein elementarer Teil von Bildung, den es nicht zu vernachlässigen gilt. Die Stellungnahme steht in vollem Wortlaut unter www.bag-jugendsozialarbeit.de als Download zur Verfügung. Quelle: Presseinformation der BAG Jugendsozialarbeit vom Februar 2006

► Ausbildung und Beruf

Schlüsselkompetenzen für die Soziale Arbeit. Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) legt sein Diskussionspapier „Schlüsselkompetenzen der Sozialen Arbeit“ vor. Es handelt sich um einen ersten Entwurf der Darstellung von Kompetenzen, die in der beruflichen Praxis von Berufsanfängerinnen und -anfängern erwartet werden. Zur Diskussion eingeladen sind die jeweiligen Verantwortlichen in Gremien der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege, der Spitzenverbände, der Fach- und Hochschulen, der Kultusministerien, des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Deutschen Vereins, die sich für eine gute Qualität der Sozialen Arbeit einsetzen und diese sichern wollen. Der Abschluss der Diskussionsphase ist für Juni 2006 vorgesehen. Informationen: DBSH, Friedrich-Ebert-Str. 30, 45127 Essen, Tel: 02 01/820 78-0, Fax: 02 21/820 78 40, E-Mail: info@dbsh.de

Keine Diplom-Sozialpädagogik mehr an der Technischen Universität Berlin. Am 31. Dezember 2005 ist das Institut für Sozialpädagogik in der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Technischen Universität (TU) Berlin geschlossen worden. Damit ist eine 25-jährige akademische Tradition vorerst beendet. Prof. Dr. C. Wolfgang Müller, der Gründer des Instituts und Prof. Dr. Manfred Kappeler, der letzte geschäftsführende Direktor, erinnern in einem Text an die Geschichte und die Bedeutung dieser Lehr- und Forschungsstätte der Sozialen Arbeit (siehe www.tu-berlin.de – Fakultäten – Institut für Sozialpädagogik). Der Diplomstudiengang Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik wurde 1969 an der Pädagogischen Hochschule Berlin eröffnet. Er entwickelte sich zu einem wichtigen Impulsgeber für die Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit. Der Theorie-Praxis-Bezug wurde in einem Projektstudium vermittelt, das von vielen Studiengängen und Ausbildungsstätten im Bereich der Sozialen Arbeit übernommen wurde. 1979/80 entschied das Institut, sich in die TU integrieren zu lassen. Die Distanz zur eher geisteswissenschaftlich orientierten Erziehungswissenschaft an der Freien Universität Berlin, die starke sozialwissenschaftliche Orientierung der Lehrkräfte und der Studierenden, die überwiegend aus Vorberufen und über den zweiten Bildungsweg kamen, und der Bezug der TU zur „Welt der Arbeit“ waren die Gründe für diese Entscheidung. Nach der Wende änderte sich die bis dahin nicht angetastete Lage des Instituts, denn die Finanzverantwortlichen der wiedervereinigten Stadt forderten die vier Universitäten auf, ihr „spezifisches Profil“ zu akzentuieren. 1996 wurden noch die Pläne für eine Fusion mit dem Schwesterinstitut an der FU verfolgt, welche die entsprechenden Gremien

aber letztlich abwiesen. 1998 begann die Abwicklung des Studiengangs mit einem Immatrikulationsverbot für das TU-Institut. Im Wintersemester 2003/2004 machten die „letzten“ Studentinnen und Studenten ihr Diplom, der materielle Teil des Instituts wurde am 31. Dezember 2005 formal geschlossen. Quelle: www.tu-berlin.de

Masterstudiengang Non-Profit-Manager. Die Fachhochschule Osnabrück bietet zum Wintersemester 2006 den Vollzeitstudiengang „Management in Non-Profit-Organisationen“ an. Das Studium schließt nach vier Semestern mit dem akademischen Grad „Master of Arts“ ab, der formal die Zugangsberechtigung für den höheren Dienst beinhaltet sowie die Möglichkeit einer anschließenden Promotion. Interessierte können sich ab sofort an der Fachhochschule bewerben, Bewerbungsschluss ist der 15. Juli 2006. Zulassungsvoraussetzung ist ein einschlägiges, abgeschlossenes Hochschulstudium. Informationen: Fachhochschule Osnabrück, Tel.: 05 41/969 30 54 E-Mail: m.gerdes@fh-osnabrueck.de

Titelumwandlung in der Schweiz. Absolventinnen und Absolventen eines Ausbildungsganges in Sozialer Arbeit, welcher inzwischen als Fachhochschulgang anerkannt ist, können ihr HF-Diplom in ein FH-Diplom umwandeln lassen. Als Bedingungen werden je nach Abschlussjahr Berufspraxis und/oder ein erfolgreicher abgeschlossener Nachdiplomkurs verlangt. Das Merkblatt zur Titelumwandlung sowie das entsprechende Antragsformular ist unter www.bbt.admin.ch/fachhoch/dossiers/titel/d/index.htm zu finden. Gesuche sind beim Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) einzureichen. Mitglieder des Berufsverbandes AvenirSocial erhalten die Unterlagen auch über die Geschäftsstelle. Quelle: SozialAktuell, AvenirSocial 3.2006

Späterer Ruhestand für Pflegende wird abgelehnt. Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) lehnt eine Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ab, denn für Pflegende werde es gar nicht möglich sein, bis zu diesem Alter den Beruf auszuüben. Pflege im direkten Klientenkontakt und im Schichtdienst ist mit schweren körperlichen und psychischen Belastungen verbunden. Viele langjährig Berufstätige in der Pflege leiden zum Beispiel an Beeinträchtigungen des Bewegungsapparates oder psychosomatischen Erkrankungen. Vor diesem Hintergrund begrüßt der DBfK Vorschläge, bestimmte Berufsgruppen bei der Erhöhung des Renteneintrittsalters auszunehmen oder Ausnahmen für Berufstätige mit bestimmten Belastungen im Berufsalltag einzuplanen. Quelle: Pflege Aktuell 3.2006

Tagungskalender

2.-6.5.2006 Freiburg im Breisgau. Seminar: Moderation von Konferenzen, Teams und Projektgruppen. Anmeldung: Fortbildungsakademie des Deutschen Caritasverbandes, Postfach 420, 79904 Freiburg, Tel.: 07 61/200-538, Fax: 07 61/200-199, E-Mail: akademie@caritas.de

4.-5.5.2006 Fulda. Fachtagung: Sozialpolitische Grundsätze der beruflichen Bildung in der Jugendhilfe. Information: EREV – Ev. Erziehungsverband e.V., Flüggestr. 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81-11, Fax: 05 11/39 08 81-16, E-Mail: c.schaper@erev.de

5.5.2006 Bretten. Fachtag: Chancen der Genogrammarbeit. Information: FoBiS – Systemisches Institut für Bildung, Forschung und Beratung, Tel.: 070 3160 59 88, Fax: 070 31/60 49 75, E-Mail: info@fobis-online.de

9.-10.5.2006 Bremen. Bremer Pflegekongress: Herausforderung – Chronische Wunden. Information: HVG Hanseatische Veranstaltungs-GmbH, Theodor-Heuss-Allee 21-23, 28215 Bremen, Tel.: 04 21/35 05-206, Fax: 04 21/35 05-340, E-Mail: grimm@messe-bremen.de

26.5.2006 Neuss. Zwischen Begeisterung und Frust: professionelles Personalmanagement für ehrenamtliche Mitarbeiter in Stiftungen. Information: Deutsche Stiftungsagentur GmbH, Gut Gnadenal, Nixhütter Weg 85, 41468 Neuss, Tel.: 021 31/662 22 21, Fax: 021 31/662 22 25 E-Mail: info@stiftungsagentur.de

31.5.-2.6.2006 Trier. Fachtagung: Diversity Management und Anti-Diskriminierung. Anmeldung: Katholische Akademie, Auf der Jüngt 1, 54293 Trier, Tel: 06 51/81 05-232, Fax: 06 51/81 05-434, E-Mail: abteilung.arbeit@bistum-trief.de

13.-15.6.2006 Heidelberg. Seminar: Neue Behandlungsmethode für traumatisierte Soldaten und Helfer. Information: Herbert Conze Praxis für Psychotherapie, Uhlandstr. 15, 51503 Rösrath, Tel.: 022 05/91 25 93 E-Mail: conze@dvba.de

22.-23.6.2006 Berlin. Fachtagung: Kinderschutz gemeinsam gestalten: § 8a SGB VIII – Schutzauftrag der Kinder- und Jugendhilfe. Anmeldung: Verein für Kommunalwissenschaften e.V., AG Fachtagungen Jugendhilfe. Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, Tel.: 030/39 00 11 36, Fax.: 030/39 00 11 46, E-Mail: agfj@vfk.de